

Reform in grösserem Kontext

Im Rahmen einer Vortragsreihe des Liechtenstein-Instituts referierte Politikwissenschaftler Sebastian Wolf über die Verwaltungsreform in Liechtenstein vor dem Hintergrund nationaler Entwicklungen und europäischer Rahmenbedingungen.

Bendern. – Mittlerweile sind 20 Jahre vergangen seit Liechtensteins Beitritt zum europäischen Wirtschaftsraum (EWR) und dem damit verbundenen, administrativen Mehraufwand. Zurzeit befindet sich Liechtenstein erneut inmitten einer Verwaltungsreform. Darüber hielt Politikwissenschaftler Sebastian Wolf gestern den Vortrag «Verwaltungsreform in Liechtenstein vor dem Hintergrund nationaler Entwicklungen und europäischer Rahmenbedingungen» und schloss damit die Vortragsreihe «20 Jahre nach der EWR-Abstimmung 1992. Rückblick und Ausblick» des Liechtenstein-Instituts.

Verhältnismässiger Staatsapparat

Wolf erklärte den anwesenden Fachleuten und interessierten Zuhörern bei seinem gestrigen Vortrag im Liechtenstein-Institut die Definition von Verwaltung und seiner engen Verbindung mit der Politik. «Während es verschiedene theoretische Modelle von Verwaltungsleitbildern gibt, trifft man in der Realität – auch in Liechtenstein – immer auf eine Mischung», so Wolf. Wie diese aussehe, hänge immer vom Land selbst ab. Obwohl Kleinstaaten in der Regel einen überproportionalen Staatsapparat besitzen, habe es Liechtenstein geschafft, einen verhältnismässig kleinen Verwaltungsaufwand zu betrei-



Sebastian Wolf: Im Zentrum des Vortrags des Politikwissenschaftlers standen Verwaltungsreformen. Bild Daniel Schwendener

ben. In Liechtensteins öffentlicher Verwaltung und Sozialversicherung seien Ende 2010 rund fünf Prozent aller Beschäftigten angestellt gewesen.

Neue Stellen durch EWR-Beitritt

Mit dem EWR-Beitritt ist der Aufwand für die liechtensteinische Verwaltung klar gestiegen. «Quantitativ gesehen sind mehr Verwaltungseinrichtungen hinzugekommen, beispielsweise die Stabsstelle EWR, das Amt für Kommunikation, die Agentur für internationale Bildungsangele-

genheiten und die Kommission für Energiemarktaufsicht, welche deutlich mehr Personal beanspruchen als ursprünglich geplant», sagte Politikwissenschaftler Sebastian Wolf. Im Gegensatz zu der grossen Verwaltungsreform vor 20 Jahren scheint die jetzige aber nicht kleiner zu sein. Die Regierung hat seit 2009 die Verwaltung allerdings nicht erweitert, sondern zusammengefügt. Beispielsweise wurde im Januar dieses Jahres das ursprünglich für den EWR-Beitritt geschaffene Amt für Handel und Trans-

port in das Amt für Volkswirtschaft eingegliedert.

Laut Wolf hat die aktuelle Verwaltungsreform Liechtensteins aber keinen europäischen Impuls zur Folge und ist kein Verstoß gegen das EU-Recht. Unzulässig wäre nur eine Abschaffung vorgeschriebener unabhängiger Institutionen: «Die derzeitige Verwaltungsreform betrifft keine für die EWR zentralen Einrichtungen. Im Falle zu starker Einsparungen beeinträchtigt dies aber eventuell Liechtensteins Leistung in der EWR». (gb)